

8 December 2020

65% der Hongkonger unzufrieden mit geltender Menschenrechtspolitik, wachsende Mehrheit zeigt sich empfänglich gegenüber Asylbewerbern und Flüchtlingen

Offener sozialer Dialog über Menschenrechte für die Zukunft Hongkongs unverzichtbar

65% der Hongkonger sind mit der Menschenrechtspolitik der Hongkonger Regierung unzufrieden und sehen eine sofortige Verbesserung als notwendig an, während über 70% behaupten, den Asylbewerbern und Flüchtlingen in Hongkong gegenüber „neutral“ oder „positiv“ eingestellt zu sein. Diese Ergebnisse einer kürzlich durchgeführten Umfrage deuten darauf hin, dass die politischen Turbulenzen im vergangenen Jahr die Hongkonger dazu veranlasst haben, den Menschenrechten eine größere Bedeutung beizumessen. Sie sind zunehmend der Ansicht, dass diese Rechte auch für marginalisierte Gruppen in ihrer Gesellschaft gelten sollten.

Im Rahmen der Umfrage, die im Auftrag des Department of Asian and Policy Studies der Education University of Hong Kong vom Hong Kong Public Opinion Research Institute (PORI) zwischen dem **6. und dem 23. April 2020** ausgeführt wurde, wurden 1.002 kantonesischsprachige Hongkong-Chinesen über 18 Jahre befragt, was einer Rücklaufquote von 57,1% entspricht. Da in Hong Kong ca. acht Prozent aller Bewohner keine Han-Chinesen sind, schloss die Umfrage somit eine Minderheit der Bevölkerung nicht mit ein.

Die Ergebnisse zeigen, dass 65% der Befragten die Umgangsweise der Hongkonger Regierung mit Menschenrechtsfragen als besorgniserregend empfinden, eine Steigerung gegenüber den 59,1% von vor zwei Jahren (siehe Tabelle 1). Gleichzeitig ist ein deutlicher, **zehnprozentiger** Rückgang von negativen Einstellungen zu Asylbewerbern und Flüchtlingen in Hongkong zu sehen. Die Frage wurde in diesem Jahr von nur 16% der Befragten beantwortet, gegenüber 26,8% in den Jahren 2016 und 2018 (siehe Tabelle 3). Da die Umfrage im Zuge der heftigen Kontroverse um das inzwischen zurückgezogene Auslieferungsgesetz stattfand, ist die Forschungsgruppe der Ansicht, dass die Unruhen des vergangenen Jahres in erheblichem Maße für die Verbesserung der lokalen Haltung gegenüber marginalisierten Gruppen verantwortlich sei. Auch führten die Unruhen zu weit verbreiteter Besorgnis zur Menschenrechtssituation in Hongkong.

Die Ergebnisse zeigen auch, dass das Hauptanliegen der Hongkonger im Jahre 2020 nach wie vor die Meinungsfreiheit (17%) ist, gefolgt vom Machtmissbrauch durch die Polizei (10%) und politischer Freiheit (10%). 2018 waren die Hauptanliegen zwar auch die Meinungsfreiheit (16,2%), aber außerdem die Problematik der Asylbewerber und Flüchtlinge (8,1%) (siehe Tabelle 2).

Tabelle 1. Denken Sie, dass die Hongkonger Regierung ihre Menschenrechtspolitik verbessern sollte?

	Prozentanteil	Prozentanteil
	2020	2018
ja	65%	59.1%
nein	25%	31.0%
keine Ahnung/ schwer zu sagen	10%	10.0%
Gesamtsumme	100%	100%

Tabelle 2. Was sind die Menschenrechtsprobleme, mit denen Hongkong Ihrer Meinung nach konfrontiert ist? (Optionen nicht angegeben, Befragte konnten mehr als eine Antwort vorschlagen.)

	Prozentsatz der Fälle	Prozentsatz der Fälle
	2020	2018
Meinungsfreiheit	17%	16.2%
Machtmissbrauch/ Berufsvergehen seitens der Polizei	10%	-
politische Freiheit	10%	4.4%
Rassismus	5%	3.5%
Rechte der Asylbewerber und Flüchtlinge	3%	8.1%

Der Anteil der Befragten, der Asylbewerbern und Flüchtlingen in Hongkong gegenüber neutral oder positiv eingestellt ist, ist von 69,1% im Jahr 2016 und 69,2% im Jahr 2018 auf 80% in diesem Jahr dramatisch angestiegen. Dagegen ist der Anteil der Befragten mit einer negativen Haltung von 26,8% im Jahr 2016 und 2018 auf 16% im Jahr 2020 gesunken.

Tabelle 3. Was halten Sie von den Asylbewerbern und Flüchtlingen in Hongkong?

	Prozentanteil	Prozentanteil	Prozentanteil
	2020	2018	2016
positiv	6%	5.1%	4.7%
neutral	74%	64.1%	64.4%
negativ	16%	26.8%	26.8%
keine Ahnung/ schwer zu sagen	4%	4%	4.2%
Gesamtsumme	100%	100%	100%

Die Ergebnisse deuten auf ein verstärktes Bewusstsein für Menschenrechtsfragen hin, die insbesondere schutzbedürftige Asylbewerber und Flüchtlinge betreffen. Über 60% der Befragten sind der Meinung, dass Asylbewerber und Flüchtlingskindern das Aufenthaltsrecht in Hongkong gewährt werden sollte, 10% mehr als bei der letzten zweijährlichen Umfrage (siehe Tabelle 4). Weiterhin ist dieses Jahr die Gewährung des Rechts auf Arbeit das am zweithäufigsten unterstützte Mittel zur Lösung der Flüchtlingsproblematik (von 45% der Befragten unterstützt), während die am meisten bevorzugte Option die Verhaftung von Anführern und Mitgliedern der Menschenhandel-Syndikaten ist (63%). (siehe Tabelle 5).

Tabelle 4. Denken Sie, dass in Hongkong geborenen und gebildeten Kindern von Asylbewerbern das Aufenthaltsrecht gewährt werden soll?

	Prozentanteil	Prozentanteil
	2020	2018
ja	61%	51.6%
nein	28%	38.5%
keine Ahnung/ schwer zu sagen	11%	9.9%
Gesamtsumme	100%	100%

Tabelle 5. Welche Richtlinien sollte die Regierung implementieren, um die Flüchtlingsproblematik zu bewältigen? (Mehrfachauswahl)

	Prozentsatz der Fälle	Prozentsatz der Fälle	Prozentsatz der Fälle
	2020	2018	2016
Anführer und Mitglieder von Menschenhandel-Syndikaten verhaften	63%	62.4%	64.5%
es denjenigen ermöglichen, die seit mehr als 5 Jahren in Hongkong leben, in Billigjobs zu arbeiten, damit sie zur Lösung des Problems des Arbeitskräftemangels beitragen und ihre Lebensqualität verbessern können	45%	33.9%	32.2%
den USM (standardisierter Screening-Mechanismus) reformieren und Personal umschulen	43%	36.6%	36.9%
mehr Personal einstellen, um den USM zu beschleunigen	38%	38.3%	30.6%
ein Internierungslager bauen	24%	23.6%	26.5%

Trotz der positiven Entwicklung in Bezug auf die Haltung gegenüber der Gruppe gibt mehr als die Hälfte der Befragten zu, die Probleme im Zusammenhang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen in Hongkong nicht gut zu verstehen. Tabelle 6 zeigt, dass 46,4% der befragten Hongkonger immer noch der Meinung sind, dass Asylbewerber und Flüchtlinge in Hongkong Bürger von Hongkong werden können, was nicht der Fall ist.

Tabelle 6. Glauben Sie, dass die derzeitigen Einwanderungsgesetze in Hongkong es Asylbewerbern ermöglichen, Staatsbürger von Hongkong zu werden?

	Prozentanteil	Prozentanteil	Prozentanteil
	2020	2018	2016
ja	46.4%	46.4%	46.9%
nein	39.5%	42.3%	38.6%
keine Ahnung/ schwer zu sagen	14.1%	11.3%	14.6%
Gesamtsumme	100%	100%	100%

Die Daten deuten darauf hin, dass die zunehmend positive Haltung Flüchtlingen und Asylbewerbern gegenüber wahrscheinlich nicht einer zunehmenden Vertrautheit seitens der Hongkonger mit der Gruppe zuzuschreiben ist. Stattdessen könnte ihre veränderte Einstellung eher auf größere Sympathien zurückzuführen sein, die sich aus den politischen Turbulenzen in den letzten Monaten ergaben. Bei diesen standen umstrittene Menschenrechtsdefinitionen im Mittelpunkt und wurden Hongkonger selbst dem Risiko ausgesetzt, massenhaft zu Flüchtlingen zu werden. Solche Faktoren könnten für die verstärkte Unterstützung von Gesetzesänderungen verantwortlich sein, die die Menschenrechte nicht nur für die Mainstream-Gesellschaft, sondern auch für Randgruppen einfordern sollen. Das zeigt sich in der folgenden Statistik, nach der fast die Hälfte der Befragten (49%) der Ansicht ist, dass das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (oder UN-Kinderrechtskonvention, KRK) der Vereinten Nationen in die lokale Gesetzgebung aufgenommen werden sollte (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7. Meinen Sie, dass die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) in die lokale Gesetzgebung aufgenommen werden sollte?

	Prozentanteil
ja	49%
nein	18%
keine Ahnung/ schwer zu sagen	33%
Gesamtsumme	100%

Trotzdem verstehen die Befragten nicht genau, wie sich die Vorbehalte der Hongkonger Regierung auf die UN-KRK (Tabelle 8) auswirken können. Diese Vorbehalte vermitteln der Regierung das Recht, Asylbewerbern und Flüchtlingen den in der UN-KRK gewährleisteten Schutz zu verweigern. Deshalb ist es auffällig, dass Hongkonger sich der Bedeutung der Menschenrechte zwar bewusster geworden sind, jedoch nicht besonders gut über die Mechanismen informiert sind, die zum Schutz dieser Rechte eingesetzt werden können.

Tabelle 8. Glauben Sie, dass die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) nach dem derzeitigen System die Kinder von Asylbewerbern und Flüchtlingen schützt?

	Prozentanteil
ja	33%
nein	24%
keine Ahnung/ schwer zu sagen	43%
Gesamtsumme	100%

Die Befragten sind durchweg der Ansicht, dass Hongkonger mehr über die in ihrer Mitte lebenden nicht-chinesischen Bevölkerungsgruppen wissen sollten (Tabelle 9).

Tabelle 9. Inwieweit sind Sie mit der folgenden Aussage einverstanden: Hongkonger sollen mehr über andere ethnische Gruppen wissen.

	Prozentanteil	Prozentanteil	Prozentanteil
	2020	2018	2016
nicht einverstanden	10%	10.9%	10.4%
teilweise einverstanden	5%	3.7%	5.7%
einverstanden	83%	82.8%	80.8%
keine Ahnung/ schwer zu sagen	2%	2.6%	3.2%
Gesamtsumme	100%	100%	100%

Hinsichtlich der Umfrageergebnisse ist Untersuchungsleiterin Frau Dr. Isabella Ng der Ansicht, dass das zunehmende lokale Bewusstsein für Menschenrechtsfragen eine positive Entwicklung darstellt, da Hongkonger sich vorher überwiegend apathisch gegenüber solchen Fragen verhielten und diese als nicht unmittelbar relevant für ihren Alltag betrachteten. Dies hat sich jedoch mit dem jüngsten Entwicklungen geändert. „Das Versagen der Hongkonger Regierung, echte Kompromisse mit der zivilen Gesellschaft einzugehen, um die Feindseligkeit zwischen verschiedenen Gruppen zu entschärfen, bedeutet, dass in Hongkong Menschenrechtsfragen plötzlich in den Vordergrund gerückt wurden. Das alles findet zurzeit in einer Stadt statt, die einst für ihre Toleranz, effektive Regierungsführung, und Freiheit bekannt war," sagt sie.

Die Daten zeigen ebenfalls eine zunehmend positive Einstellung unter Hongkongern gegenüber Asylbewerbern und Flüchtlingen sowie eine stärkere Unterstützung für die Gewährung des Aufenthaltsrechts für Asylsuchende und ihre Kinder sowie des Rechts auf Arbeit für Volljährige. Hieraus kann man ableiten, dass sich die Hongkonger Öffentlichkeit zunehmend darüber im Klaren ist, dass die lokale Flüchtlingspolitik auch ausschlaggebend für das Verständnis der Regierung in Menschenrechtsfragen ist. Letzteres hat Auswirkungen sowohl auf Einheimische als auch auf Nicht-Einheimische. Möglicherweise besteht ein weiterer Faktor in gesteigerten Sympathien für Flüchtlinge, die in einer Zeit entstehen, in der Vertreibung für viele Hongkonger eine echte Gefahr darstellt.

Die Befragten zeigten jedoch deutlich, dass ihnen ein ausreichendes Verständnis dafür fehlt, wie Konzepte wie Menschenrechte und Demokratie sowohl lokal als auch international definiert und angewendet werden. Missverständnisse darüber, was diese Begriffe bedeuten, haben dazu geführt, dass zu unterschiedlichen politischen Strömungen gehörenden Menschen häufig aneinander vorbeireden. Das behindert die Suche nach für alle akzeptablen Lösungen in höchst umstrittenen Themen, die tiefe Risse in der Gesellschaft von Hongkong verursacht haben. „Was wir jetzt dringend brauchen, ist ein besonnener und offener öffentlicher Dialog darüber, wie Menschenrechte im lokalen Kontext praxisnah definiert und garantiert werden können. Dieser Dialog sollte durch staatsbürgerliche Bildung unterstützt werden. Erst dann kann die Hongkonger Regierung die Ängste ihrer Bürger beschwichtigen und ihnen ermöglichen, weiterhin auf sinnvolle Weise an der Gesellschaft teilzunehmen. Ein solcher Ansatz ist unabdingbar, wenn China ein wettbewerbsfähiges und angesehenes Mitglied der internationalen Gemeinschaft bleiben soll“, sagt Dr. Ng. Die Forschungsgruppe fordert sowohl die Hongkonger als auch die chinesische Regierung auf, einen konstruktiven und aufrichtigen Ansatz zur Wiederherstellung des Vertrauens der Hongkonger zu verfolgen, anstatt eine kompromisslose Haltung gegenüber der gesamten Gemeinschaft einzunehmen.

Für Medienanfragen kontaktieren Sie bitte Isabella Ng unter +852 29486343 oder ifsng@eduhk.hk (nur Englisch)